

<b>Bericht</b>	Geschäftsbereich	Zentrale Dienstleistungen
	Ressort / Stadtbetrieb	Ressort 403 - Finanzen
	Bearbeiter/in	Alfred Lobers
	Telefon (0202)	563 6169
	Fax (0202)	563 8032
	E-Mail	alfred.lobers@stadt.wuppertal.de
	Datum:	28.11.2007
	<b>Drucks.-Nr.:</b>	<b>VO/1055/07</b> öffentlich
Sitzung am	Gremium	Beschlussqualität
<b>11.12.2007</b>	<b>Ausschuss für Finanzen und Beteiligungssteuerung</b>	<b>Entgegennahme o. B.</b>
<b>12.12.2007</b>	<b>Hauptausschuss</b>	<b>Entgegennahme o. B.</b>
<b>17.12.2007</b>	<b>Rat der Stadt Wuppertal</b>	<b>Entgegennahme o. B.</b>
<b>Interkommunale Zusammenarbeit der Städte Remscheid, Solingen und Wuppertal - hier: Sachstandsbericht</b>		

### Beschlussvorschlag

Die Räte der Städte Remscheid, Solingen und Wuppertal nehmen den Bericht zum Sachstand der Bergischen Zusammenarbeit zur Kenntnis.

### Sachstandsbericht

1. Am 07.12.2001 haben die Oberbürgermeister der drei bergischen Städte Remscheid, Solingen und Wuppertal mögliche Kooperationsfelder erörtert und die Einrichtung einer Lenkungsgruppe beschlossen.

Die Stadträte in Remscheid, Solingen und Wuppertal haben die Verwaltungen beauftragt, über die Maßnahmen der interkommunalen Zusammenarbeit in regelmäßigen Abständen zu informieren. Demzufolge wurden – unabhängig von einzelnen Beschlussvorlagen zu speziellen Themen - im Dezember 2003 sowie im September 2005 die jeweiligen Sachstände zur Bergischen Zusammenarbeit durch umfassende Informationsvorlagen den Räten nach Vorberatung in den jeweiligen Fachausschüssen zur Kenntnis gegeben.

Auf diese Informationsvorlagen, die speziellen Beschlussvorlagen zu Kooperationsprojekten sowie die zwischenzeitlich erteilten Auskünfte zu Anfragen und Anträgen wird Bezug genommen.

2. Die Arbeit der Steuerungsgruppe „Bergische Zusammenarbeit“ ist in gleicher Zusammensetzung fortgeführt worden. Die drei Stadtkämmerer, die Leiter der Büros der Oberbürgermeister / persönliche Referenten sowie die Leiter der Fachbereiche für Finanzen steuern Projekte und Arbeitsgruppen und entscheiden zu einzelnen Themen über das weitere Vorgehen. In den letzten beiden Jahren haben fünf Sitzungen stattgefunden. Soweit Themenbereiche aus Sicht der Lenkungsgruppe näher betrachtet werden sollen, werden entsprechende Projektaufträge erteilt.

Jedes Projekt bzw. jede Arbeitsgruppe bindet in den drei Städten erhebliche Personal- und Arbeitskapazitäten. Bei den nachfolgend geschilderten Untersuchungen und Überprüfungen zu den einzelnen Themen waren stets jeweils Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter aus den jeweiligen Fachverwaltungen wie auch aus den Querschnittsbereichen der drei Städte beteiligt.

### **Sachstandsbericht zu den einzelnen Themen bzw. Projekten**

Nachfolgend wird ein Überblick über bestehende bzw. in Vorbereitung befindliche Kooperationsprojekte gegeben:

#### **Bergische Weiterbildung**

Zum 01.01.2006 nahm die Bergische Volkshochschule als Zweckverband ihre Arbeit auf. Die Volkshochschulen der Städte Wuppertal und Solingen, das Zentrum zur beruflichen Frauenförderung und die Regionalstelle Frau und Beruf sowie die Familienbildungsstätten wurden in eine gemeinsame Einrichtung überführt. Auf die einzelnen Beschlüsse aus dem Jahr 2005 sowie die bisher vorliegenden Ergebnisse des Zweckverbandes, vor allem Wirtschaftspläne und Jahresabschluss, wird verwiesen.

Im August d. J. wurde zwischen der Bergischen Volkshochschule und der Stadt Remscheid eine Kooperationsvereinbarung für das Projekt „Lernende Region Bergisches Städtedreieck...“ geschlossen, für dessen Umsetzung Bundesmittel zur Verfügung stehen.

#### **Gemeinsame Leitstelle für Feuerschutz, Rettungsdienst und Katastrophenschutz**

Die gemeinsame Leitstelle der Feuerwehren aus Wuppertal und Solingen ist ebenfalls zwischenzeitlich funktionsfähig eingerichtet worden. Über erste Erfahrungen wurde in den Fachausschüssen der Städte Wuppertal und Solingen mehrfach eingehend berichtet. Das Kooperationsangebot an die Stadt Remscheid besteht weiterhin. Die drei Oberbürgermeister haben sich auf eine gutachtliche Überprüfung der finanziellen Auswirkungen einer möglichen Beteiligung der Feuerwehr Remscheid verständigt. Die Fachdezernenten haben mittlerweile den zu beauftragenden Gutachter festgelegt, zurzeit werden die Inhalte des Auftrages abgestimmt.

#### **Vermessung, Kataster und Kartographie**

Mit dem ersten Meilensteinbericht legte das Projekt, dem federführend die drei Vermessungsamtsleiter angehörten, Grundlagen vor, um die einzelnen Strukturen und Prozesse vergleichen und die Möglichkeiten einer engeren Zusammenarbeit prüfen zu können. Erste konkrete Maßnahmen, wie z.B. die Luftbildbefliegung, konnten bereits gemeinsam umgesetzt werden. Mit dem zweiten Meilensteinbericht wurden die

Optimierungspotenziale und Kooperationsmöglichkeiten analysiert. Im Ergebnis wurde festgestellt, dass

- einerseits die Vermessungs- und Katasterbehörden untereinander sowie mit Dritten bereits in einem großen und angemessenen Umfang zusammenarbeiten,
- andererseits in den drei Städten aber höchst unterschiedliche Aufgaben- und Organisationsstrukturen bestehen,
- die Vermessungs- und Katasterbehörden in ein enges Geflecht von Kundenbeziehungen innerhalb der jeweiligen Stadtverwaltungen eingebunden sind,
- ein Produktkostenvergleich nur mit erheblichem, zusätzlichem Aufwand möglich ist,
- die komplexen IT-Strukturen sich weit auseinander entwickelt haben und sich daraus folgend erhebliche Aufwände bei einer Zusammenlegung von Aufgaben ergäben.

Diese Argumente führten dazu, das Projekt zu beenden. Gemeinsame Aktivitäten, Erfahrungsaustausch und eine intensive Zusammenarbeit werden zwischen den drei Vermessungs- und Katasterbehörden weiterhin gepflegt.

Es bleibt festzuhalten, dass es auf der operativen Ebene eine intensive Zusammenarbeit gibt, wie beispielsweise „Bergischer Städteatlas“ (analog und digital); gemeinsame Vergabe Luftbildbefliegung; Softwareentwicklungen Geoinformationssystem SICAD; gemeinsame ADV-Plattform mit Wuppertal für das Geodatenportal, Arbeitsgemeinschaft Gutachterausschuss; gemeinsame Beschaffung von Vermessungsgeräten; gemeinsame Fortbildungen; gemeinsame Filmentwicklung.

## **Service-Center**

Um vor allem den Bürgerservice nachhaltig zu verbessern und gleichzeitig finanzielle Einsparungen zu realisieren, wurde die Arbeit in diesem Projekt intensiv fortgesetzt. Die Stadt Wuppertal hat alle Voraussetzungen in technischer, organisatorischer, räumlicher und personeller Hinsicht geschaffen, um Anfang 2008 mit dem Service-Center starten zu können. In Wuppertal ist geplant, stufenweise den weiteren Ausbau zu entwickeln. Die Städte Remscheid und Solingen werden kontinuierlich über den Ausbau sowie die Arbeit des Service-Centers unterrichtet. Es ist beabsichtigt, das erste Halbjahr 2008 zu nutzen, um Erfahrungen mit dem Service-Center Wuppertal zu sammeln und auszuwerten. In der zweiten Jahreshälfte 2008 soll anschließend über die Beteiligung der Städte Remscheid und Solingen entschieden werden.

## **IT (Bergischer Datenring, Kompetenzzentren)**

Im IT-Bereich sind die Kooperationen ebenfalls weiter fortgeschritten. Der „Bergische Datenring“ wurde zwischenzeitlich realisiert und damit eine netzwerktechnische Ringverbindung zwischen den Städten Remscheid, Solingen und Wuppertal geschaffen.

Auf dieser Basis wird das IT-Verfahren im Einwohnermeldewesen (MESO) von Remscheid verwaltet („gehostet“) und gemeinsam von den Städten Remscheid, Solingen und Wuppertal genutzt. Das Sozialhilfeverfahren für Remscheid und Wuppertal wird von Wuppertal betreut. Zwischen Wuppertal und Solingen wird der Datenring als Transportverbindung der Bergischen VHS und der Gemeinsamen Feuerwehrleitstelle genutzt. Die zentrale Verbindungsstelle in Remscheid zur Kommunikation mit dem Kraftfahrtbundesamt (KBA) wird von den Städten Remscheid, Solingen und Wuppertal gemeinsam genutzt.

Die Netzverbindungen der Stadt Remscheid (Internet, Firewall, sicherheitsrelevante Server, Verbindung zum Kraftfahrtbundesamt) betreibt Wuppertal. Gemeinsam wird derzeit zwischen Wuppertal und Remscheid an der Entwicklung des barrierefreien Internets gearbeitet.

## **Personalverwaltung (Beihilfebearbeitung)**

Rechtliche Rahmenbedingungen führten dazu, dass die Idee, die Beihilfensachbearbeitung in einer Stadt zu konzentrieren, fallengelassen werden musste. Durch Art. VII des GO-Reformgesetzes vom 09.10.2007 sind die Voraussetzungen für eine Aufgabenübertragung geschaffen worden. Das Thema ist demzufolge wieder durch die Steuerungsgruppe aufgegriffen worden.

## **Materialwirtschaft (E-Procurement)**

Das Thema „elektronische Beschaffung“ (e-procurement) wurde vorläufig nicht weiter verfolgt. Erste Versuche, für die drei Städte gemeinsame Beschaffungen durchzuführen, zeigten, dass der Aufwand im Verhältnis zum Nutzen noch zu groß ist. Das Projekt wird zunächst alleine in Wuppertal fortgeführt. Zu gegebener Zeit werden erneut Möglichkeiten einer engeren Zusammenarbeit geprüft.

## **Datenschutz**

Die drei Datenschutzbeauftragten aus Remscheid, Solingen und Wuppertal tauschen regelmäßig Informationen aus. Darüber hinaus finden landesweit Veranstaltungen zum Erfahrungsaustausch statt. Um den gesetzlichen Anforderungen zu entsprechen, hat jede Stadt für sich eine große Anzahl von Aufgaben zu erfüllen. Erste Untersuchungen im Hinblick auf eine Bündelung auf Aufgaben haben keine Einspareffekte erkennen lassen, da die Organisationsformen, Strukturen und Erfordernisse in jeder Stadt zu unterschiedlich sind. Das Thema wurde in der Steuerungsgruppe nicht weiter verfolgt.

Alle Anfragen, die die drei Städte gemeinsam betreffen, werden nach entsprechender Absprache nur noch von jeweils einem Datenschutzbeauftragten bearbeitet. Dies gilt beispielsweise für Anfragen aus dem für die drei Städte zuständigen Polizeipräsidium oder anderen Behörden.

Bilateral wurden von Wuppertal und Remscheid die datenschutzrechtlichen Genehmigungen für z.B. das KDN-Projekt Sozialhilfe bei der Aufsichtsbehörde erstellt.

## **Archivwesen**

Ermittelte Vergleichsdaten zu den drei Archiven ließen erkennen, dass kurzfristig keine Verbesserungen, insbesondere finanzieller Art, zu erzielen sind. Da jedoch nicht auszuschließen ist, dass es mittelfristig zu Raumproblemen kommen könnte, wurde das Thema zunächst zurück gestellt.

## **Gesundheitswesen**

Die drei Leiter der Gesundheitsämter pflegen bereits regelmäßig den interkommunalen Erfahrungsaustausch. Sie haben angeregt, das Thema „Psychiatrische Verbünde“ nicht isoliert zu betrachten, sondern breiter zu fassen und andere Themen des öffentlichen Gesundheitswesens einzubeziehen. Derzeit wird eine zu vergleichende Auflistung über Strukturen, Aufgaben, Zuständigkeiten, Auslastungen usw. erarbeitet. Mit Auswertung dieses Vergleichs soll entschieden werden, ob eine Arbeitsgruppe oder ein Projekt eingerichtet werden soll, um weitergehende Kooperationsmöglichkeiten zu untersuchen.

## **Chemisches Untersuchungsinstitut**

Das gemeinsame CHUI Wuppertal ist in dem „Chemischen und Veterinäruntersuchungsamt Rhein-Ruhr-Wupper“ (CVuA-RRW) aufgegangen.

## **Neues Kommunales Finanzmanagement**

Aufgrund der unterschiedlichen Verwaltungsstrukturen und der sehr hohen individuellen technischen, rechtlichen und organisatorischen Anforderungen in den jeweiligen Projekten der drei Städte schieden gemeinsame Lösungen aus. Der Informationsaustausch zwischen den Finanzdezernaten ist sichergestellt und wird gepflegt.

## **Veterinärärztlicher Dienst**

Nachdem die Fachdezernenten der drei Städte im Januar 2007 erste Gespräche über Möglichkeiten einer künftigen Zusammenarbeit geführt hatten, wurde mit der vorbereitenden Projektarbeit begonnen und es wurde vereinbart, sich extern beraten zu lassen. Eine externe Beraterfirma wurde nach Ausschreibung ausgewählt, um eine fundierte Bestandsaufnahme zu erstellen. Diese Grundlage soll dazu dienen, mehrere Szenarien zu entwickeln und zu bewerten. Die Ergebnisse der Bestandsaufnahme sowie die Szenarien einer möglichen Zusammenarbeit sollen Ende dieses Jahres vorliegen.

## **Bergische Entwicklungsagentur**

In Folge der Regionale 2006 haben die Räte der Städte Remscheid, Solingen und Wuppertal zum Strukturprogramm für das Bergische Städtedreieck in diesem Jahr gleichlautende Beschlüsse zur EU-Ziel 2-Förderung gefasst und die „Bergische Entwicklungsagentur“ in der Rechtsform einer GmbH beschlossen. Mit dieser Einrichtung sollen für die Region wichtige Themenfelder, wie z.B. EU-Ziel2 Strukturprogramm (EFRE), Europäischer Sozialfonds (ESF), Regionales Management für Arbeitsmarkt und Beschäftigung oder Integrierte Stadt- und Regionalentwicklung, bearbeitet werden.

Die Räte der Städte Remscheid, Solingen und Wuppertal haben im März dieses Jahres den „Handlungsrahmen – Strukturimpulse für das Bergische Städtedreieck“ als gemeinsame inhaltliche Grundlage für die Entwicklung und Durchführung eines Strukturprogramms im bergischen Städtedreieck und für die aktive Bewerbung der Region um Strukturfördermittel der EU aus dem Ziel 2-EFRE-Programm beschlossen.

Die Bergische Entwicklungsagentur ist zum 01.07.2007 gegründet worden.

## **Bergische Forstwirtschaft**

In der Steuerungsgruppe wurde in der letzten Sitzung vereinbart, dass durch ein gemeinsames Projekt Möglichkeiten einer engeren Zusammenarbeit geprüft werden sollen (z.B. Holzverkauf oder -ankauf, Maschinenbewirtschaftung). Für die Forstverwaltungen von Remscheid und Solingen soll darüber hinaus eine Zusammenlegung untersucht werden.

## **Reform der Versorgungsverwaltung**

Im Rahmen der Verwaltungsstrukturreform des Landes NRW sollen die bisherigen Versorgungsämter aufgelöst und wesentliche Aufgaben ab 01.01.2008 auf die Kommunen

übertragen werden. Im Zuge dieser Kommunalisierung wurde ebenfalls nach einer interkommunalen Lösung gesucht. Die drei Städte haben sich dazu entschlossen, die Aufgaben der Versorgungsverwaltung zukünftig gemeinsam wahrzunehmen. Durch eine öffentlich-rechtliche Vereinbarung soll zwischen den Städten Wuppertal, Solingen und Remscheid geregelt werden, dass die Verwaltungsaufgaben auf den Gebieten des Elterngeldes sowie des Schwerbehindertenrechts (SGB IX) durch die Stadt Wuppertal (gemeinsam für die drei Städte) wahrgenommen werden. Zur Umsetzung sollen noch in diesem Jahr die notwendigen Ratsbeschlüsse herbeigeführt werden.

### **Darlehensverwaltung**

Die bei der Stadt Remscheid bearbeiteten Wohnungsfürsorgedarlehen für die Beschäftigten sollen zukünftig von der Stadt Wuppertal verwaltet werden. Die Umsetzung ist bis Mitte des nächsten Jahres vorgesehen.

### **Unterschrift**

Dr. Slawig